

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

32. Sitzung (nicht öffentlich)

26. November 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.40 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographen: Hesse, Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Bericht des Innenministers über die Ergebnisse der Arbeit der "Schüler-Kommission"**

2

Der Bericht ist nach der Verschlusssachenordnung als "VS-vertraulich" eingestuft.

2 Haushaltsgesetz 1993

Drucksachen 11/4200 und 11/4626

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 11/1505, 11/1597, 11/1636, 11/1671 und 11/1681
Zuschriften 11/1560, 11/1913, 11/1990, 11/2026 und 11/2087

2

Der Ausschuß empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den Einzelplan 03 mit den sich aus der Vorlage 11/1707 ergebenden Änderungen anzunehmen.

**3 Zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens
"Funktionsbewertung der Schutzpolizei"**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3463

Vorlagen 11/1046, 11/1132, 11/1575

Zuschriften 11/1668, 11/1679, 11/1694, 11/1709,
11/1754 und 11/2053

8

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/3463 wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung von F.D.P. und GRÜNEN abgelehnt.

Berichterstatter: Abgeordneter Stallmann (CDU)

4 Berufsordnung für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure/Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen

Drucksache 11/3696

1

Der Punkt wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt und soll in einer Sitzung vor dem Plenum am 9. Dezember 1992 abschließend behandelt werden.

5 Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der Verfolgten des Nationalsozialismus

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2827

in Verbindung damit:

Bundratsinitiative zur Errichtung einer Bundesstiftung "Entschädigung für NS-Unrecht"

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2838 - Neudruck -

Vorlagen 11/1058, 11/1063, 11/1188, 11/1411 und 11/1490

Zuschriften 11/1408, 11/1708, 11/1724, 11/1726, 11/1739,
11/1747, 11/1748, 11/1749, 11/1750, 11/1757,
11/1829, 11/1845, 11/1876, 11/1914 und 11/1915

9

Der Ausschuß kommt überein, zunächst das Votum des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales abzuwarten und dann auch die Richtlinien des Innenministeriums für den Härtefonds mitzuberaten.

6 Aufgabenkritische Untersuchung im Bereich der Polizei

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/4526

in Verbindung damit:

Aufgabenkritik bei der Polizei

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4550

1

Der Punkt wird heute abgesetzt und soll unter Einbeziehung des F.D.P.-Antrags Drucksache 11/795 in einer späteren Sitzung beraten werden.

7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4587

13

Die Beratung des Antrags wird einvernehmlich bis zum Vorliegen des schriftlichen Berichts des Innenministers zurückgestellt.

Ausschuß für Innere Verwaltung
32. Sitzung

26.11.1992
the-mj

Seite

8 Abkommen über die Finanzierung des Kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogramms des Bundes und der Länder

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung

Drucksache 11/4570

15

Der Ausschuß für Innere Verwaltung stimmt dem Antrag der Landesregierung Drucksache 11/4570 ohne Diskussion einstimmig zu.

9 Menschenrechtsverletzungen an Frauen als Asylgrund anerkennen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4568

15

Der Ausschuß erwartet hierzu vor einer weiteren Beratung einen schriftlichen Bericht des Innenministers.

Ausschuß für Innere Verwaltung
32. Sitzung

26.11.1992
the-mj

Seite

10 Gefahrguttransporte auf den Straßen Nordrhein-Westfalens - Konzept zum effektiveren Einsatz der Polizei bei der Kontrolle von gefährlichen Gütern auf den Straßen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2695

Vorlage 11/1216

18

Der Ausschuß verabredet das im Diskussionsteil
Seite 18 wiedergegebene Verfahren.

11 Zusammenlegung von Wahlterminen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3695

Vorlage 11/1454 (entspricht Vorlage 11/1458)

Zuschrift 11/1847

19

Die Beschlußfassung wird zurückgestellt, um Zeit
für eine Meinungsbildung in den Fraktionen zu
geben.

Ausschuß für Innere Verwaltung
32. Sitzung

26.11.1992
the-mj

Seite

12 Weg frei zum Standesamt für Schwule und Lesben

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4301

19

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4301
wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 9. Dezember 1992, 9.30 Uhr (vor dem Plenum)

1 Bericht des Innenministers über die Ergebnisse der Arbeit der "Schüler-Kommission"

Der Bericht ist nach der Verschlusssachenordnung als "VS-vertraulich" eingestuft.

Laut Beschluß des Ausschusses ist eine Niederschrift gefertigt worden, die in ihrem einzigen existierenden Exemplar beim Geheimschutzbeauftragten des Landtags hinterlegt ist.

2 Haushaltsgesetz 1993

Drucksachen 11/4200 und 11/4626

hier: Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 11/1505, 11/1597, 11/1636, 11/1671 und 11/1681

Zuschriften 11/1560, 11/1913, 11/1990, 11/2026 und 11/2087

Vorab bittet **Abgeordneter Frechen (SPD)** um Verständnis dafür, daß es bei der Erstellung der Änderungsanträge seiner Fraktion krankheitsbedingt zu Verzögerungen gekommen sei und die Anträge deshalb erst unmittelbar vor Beginn der Sitzung hätten vorgelegt werden können.

Er trägt sodann die Änderungsanträge und ihre Begründungen vor; sie sind im einzelnen in der **Vorlage 11/1707** an den Haushalts- und Finanzausschuß niedergelegt.

Er hätte es schon begrüßt, äußert **Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)**, wenn die Anträge so rechtzeitig vorgelegen hätten, daß der Arbeitskreis seiner Fraktion sie noch hätte beraten können.

Er wolle nun ad hoc zu den Anträgen Stellung nehmen. Die CDU befürworte grundsätzlich die Ausweitung der Möglichkeiten des Durchstiegs in den gehobenen Dienst. Sie kritisiere jedoch in diesem Zusammenhang, daß gleichzeitig Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst gestrichen werden sollten. Wenn es schon Kürzungen geben müsse, sollten diese in den unteren Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes

und nicht bei den Planstellen A 9 und A 9 Z vorgenommen werden, damit nicht die Nachschlüsselungen eingeschränkt würden.

Die weiteren Konsequenzen aus den Anträgen hätte auch die CDU-Fraktion gezogen. Es sei verständlich, daß da die Regierungsfraktion etwas bessere "Zugriffsmöglichkeiten" auf die Exekutive habe. Insofern vertraue er auf die Informationen, die die SPD bekommen habe, und schließe sich dem an.

Der Abgeordnete stellt nunmehr die Anträge der CDU-Fraktion vor und begründet sie; auch hier sind die Einzelheiten der schon erwähnten Vorlage 11/1707 zu entnehmen.

Der Abgeordnete weist ausdrücklich darauf hin, daß zu allen ausgabenerhöhenden Anträgen entsprechende Streichungsvorschläge im Rahmen des Gesamtkonzepts - nicht nur im Einzelplan 03 - gemacht würden. Der einzige Deckungsvorschlag im Einzelplan 03 sei, den Ansatz bei Kapitel 03 020 Titel 881 70 (WDR-Bunker) zu streichen.

Auch die Anträge der GRÜNEN und deren Begründungen, die vom **Abgeordneten Kreutz (GRÜNE)** dargelegt werden, sind aus der Vorlage 11/1707 ersichtlich.

Zu den Anträgen der SPD bemerkt der Abgeordnete, der Änderung des Haushaltsgesetzes stimme er zu. Das habe zur Konsequenz, daß er den Einzelmaßnahmen, die erforderlich seien, um diese Ziele umzusetzen, ebenfalls zustimme.

Hinsichtlich des Wegfalls der kw-Vermerke unterstütze er den in dieser Frage weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion, würde im Falle der Ablehnung dieses Antrags aber auch dem Antrag der SPD zustimmen können.

Dem CDU-Antrag auf Streichung des Ansatzes für den WDR-Bunker stimme er mit Freude zu, weil er einem vorjährigen Antrag seiner Fraktion entspreche.

Auch den von der CDU beantragten Stellenumschichtungen (im Sinne der Höhergruppierung) stimme er zu. Sollte dieser Antrag von der Mehrheit abgelehnt werden, gelte seine Zustimmung für den entsprechenden Antrag der SPD.

Allerdings könne er die Anträge der CDU, die auf eine generelle Stellenausweitung bei der Polizei ausgerichtet seien, nicht unterstützen.

Bei dem Antrag für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung werde er sich der Stimme enthalten, weil die Situation auch an anderen Hochschulen und Fachhoch-

schulen prekär sei und die GRÜNEN keine Privilegierung der Polizeiausbildung wünschten.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) trägt vor, in Anbetracht der Haushaltslage des Landes habe ihre Fraktion insgesamt Kürzungen in Höhe von 1 Milliarde DM vorgeschlagen, dabei aber ausdrücklich den Einzelplan 03 ausgenommen, weil ihr die Polizei und die innere Sicherheit besonders am Herzen lägen.

Es seien aber auch keine Erhöhungsanträge gestellt worden, weil eben nicht mehr geleistet werden könne, als der Haushalt hergebe. Allerdings bedauere ihre Fraktion, daß aus der Beantwortung der Großen Anfrage keine Schlüsse gezogen worden seien, die sich im Haushalt niederschlugen. Aus diesem Grunde werde ihre Fraktion den Haushalt des Innenministers ablehnen.

Bezüglich ihres beabsichtigten Abstimmungsverhaltens erklärt die Abgeordnete, sie werde sich an der Abstimmung sowohl hier im Ausschuß als auch später im Plenum nicht beteiligen, weil sie von den Beschlüssen persönlich betroffen wäre. Sie halte es für einen Akt der Fairneß, sich bei derartigen Beschlüssen zurückzuhalten.

Das vom Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU) aufgezeigte Problem der Stellenreduzierung und der damit verbundenen eingeschränkten Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst greift **Abgeordneter Frechen (SPD)** auf und hebt hervor, seine Fraktion werde noch einen Antrag nachreichen, der sich auf die Nachschlüsselungen beziehe, so daß in diesem Punkt kein Meinungsunterschied bestehe.

Was den WDR-Bunker anlange, werde die SPD dem Antrag der CDU zustimmen. Der Punkt sei schon mehrfach Gegenstand von Diskussionen gewesen, und mit Ausnahme der GRÜNEN bestehe zwischen den Fraktionen wohl Einigkeit in der Auffassung.

Zu der für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst beantragten Stellenvermehrung um 400 Stellen macht der Abgeordnete darauf aufmerksam, daß die angespannte Finanzlage auf Bundes- wie auf Landesebene es nicht zulasse, daß gleichzeitig eine Stellenausweitung und eine Besoldungsstrukturverbesserung beschlossen würden. Hierüber bestehe auch ein Agreement mit der Gewerkschaft der Polizei.

Hinsichtlich der Ausweitung der Stellen bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung sei seine Fraktion im Grundsatz der gleichen Meinung, daß das Verhältnis von hauptamtlichen zu nebenamtlichen Lehrkräften verbessert werden müsse. Nur müsse dabei auch an die Hochschulen des Landes gedacht werden, an denen teilweise

eine Überlastquote von mehr als 100 % zu verzeichnen sei. Vor diesem Hintergrund sei der Antrag für die Fachhochschule nicht zu vertreten.

Weil eben in der Sache Übereinstimmung bestehe, der Antrag aber aus den dargelegten Gründen abgelehnt werden müßte, gebe er zu überlegen, ob es nicht doch einen Weg gebe, bis zur abschließenden Beratung des Haushalts einen Konsens in dieser Frage zu finden.

Nicht ganz nachvollziehbar sei für ihn die Argumentation der F.D.P.: Einerseits solle insgesamt 1 Milliarde DM eingespart werden, die Polizei aber ausgenommen bleiben. Andererseits werde Verbesserungen bei der Polizei nicht zugestimmt, obwohl immer wieder moniert werde, daß für die Polizei nicht genug getan werde. Diese Argumentation erscheine ihm nicht logisch.

Zu dem Antrag der GRÜNEN, Mittel für Neu- und Erweiterungsbauten von Unterkünften der Bereitschaftspolizei zu streichen, äußert sich **Abgeordneter Jentsch (SPD)**: Er halte die Begründung dieses Antrags schlicht für eine von Ahnungslosigkeit geprägte Unverschämtheit. Ein Gespräch sowohl mit den Auszubildenden als auch mit den Auszubildenden hätte genügt, um einen anderen Eindruck zu vermitteln.

Seine Fraktion jedenfalls sei froh darüber, daß es endlich gelinge, angemessene Unterrichts- und Wohngebäude für die jungen Polizeibeamten zu schaffen.

Die Haltung der GRÜNEN werde erst durch die Wortwahl wirklich deutlich, unterstreicht **Abgeordnete Dedanwala (SPD)**; deshalb zitiere sie aus der Begründung zu dem Antrag der GRÜNEN:

So erhalten sie ihre soziale Grundprägung unter militärähnlichen Bedingungen einer nahezu totalen Institution, die ihren Tagesablauf über die ganze Woche hinweg vom Aufwachen bis zum Einschlafen durchreglementiert und überwacht.

Es sei unvorstellbar, daß damit die nordrhein-westfälische Polizei gemeint sein solle.

Sie könne die GRÜNEN nur einladen, sich die Unterkünfte der Bereitschaftspolizei einmal anzusehen und vor allem mit den jungen Menschen selbst zu sprechen, um deren Ansichten zu erfahren.

Abgesehen davon würden die Unterkünfte genutzt, wenn Bereitschaftspolizisten Dienst hätten oder wenn etwa eine Einheit aus Brandenburg im Rahmen des Partnerschafts-

vertrags mit Nordrhein-Westfalen zur Weiterbildung hierherkomme, nicht als generelle Übernachtungsmöglichkeit für alle Auszubildenden.

Er könne den Antrag der GRÜNEN eigentlich nur so verstehen, wirft **Innenminister Dr. Schnoor** ein, daß in Niedersachsen und Hessen, wo die GRÜNEN mit politischer Verantwortung trügen, nunmehr die Bereitschaftspolizei aufgelöst werden solle.

In der Begründung fehle nur noch die Formulierung, fügt **Abgeordneter Lucas (SPD)** an, daß die Grundrechte abgeschafft würden und das Landespersonalvertretungsgesetz aufgehoben sei. Ihn erschüttere die Argumentation der GRÜNEN.

An den Innenminister gewandt bemerkt **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)**, als kleinerer Partner in Koalitionsregierungen könne man allenfalls Wünsche äußern, wenn gleich es durchaus auch politische Möglichkeiten gebe, perspektivische Absichten zu verdeutlichen.

Aufgrund der Diskussionsbeiträge wolle er aber klarstellen: Die GRÜNEN seien keineswegs gegen eine Verbesserung der Lebens- und Ausbildungsbedingungen angehender Polizistinnen und Polizisten, im Gegenteil. Sie hätten aber ganz erhebliche Bedenken gegen die Struktur einer kasernierten Polizei.

Der Redner wird an dieser Stelle durch anhaltende Zurufe von seiten der anderen Fraktionen und durch Unruhe unterbrochen, ehe er fortfährt, die GRÜNEN hielten ihren Antrag aufrecht in dem Sinne, daß ein weiterer Ausbau von kasernierten Einheiten nicht stattfinden solle.

Daß eine vom jeweiligen Wohn- und Einsatzort und den Lebensbedingungen vergleichsweise entfernte Ausbildung der Entwicklung der entsprechenden Kompetenzen, des situativen Reagierens und der sozialen Interaktionsfähigkeiten abträglich sei, liege in der Natur der Sache. Am günstigsten wäre eine Ausbildung, die möglichst nah an den alltäglichen Lebens- und Einsatzbedingungen liege und nicht unter weitgehend künstlichen Sonderkonditionen stattfinde.

Offengeblieben sei noch die Frage der Nachschlüsselung, konstatiert **Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU)**. Aus diesem Grunde werde sich die CDU bei diesem Antrag, obwohl sie ihn in der Sache begrüße, der Stimme enthalten.

Zu dem Antrag der GRÜNEN seien hinreichende Äußerungen gemacht worden.

Den Antrag bezüglich der Fachhochschulstellen könne er nicht zurückziehen, gebe aber im Hinblick auf die dargelegte Auffassung der SPD zu überlegen, ob sie sich nicht hier der Stimme enthalten und sich vorbehalten könne, die Entscheidung im Haushalts- und Finanzausschuß zu fällen.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) macht deutlich, ihre Fraktion lehne den Haushalt deswegen ab, weil unter Umständen auch durch interne Umschichtungen Verbesserungen hätten erreicht werden können. Außerdem hätten die Konsequenzen aus der Aufgabenkritik schon in diesem Haushalt ihren Niederschlag finden können.

Nunmehr läßt der **Vorsitzende** über die vorliegenden Anträge abstimmen. Die **Ergebnisse** sind mit den jeweiligen Anträgen detailliert in der **Vorlage 11/1707** festgehalten.

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der **Ausschuß** mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und GRÜNEN bei Nichtbeteiligung der F.D.P. dem Haushalts- und Finanzausschuß die Annahme des Einzelplans 03 in der sich nach den beschlossenen Änderungen ergebenden Fassung.

Die **Berichterstattung** für den Haushalts- und Finanzausschuß übernimmt **Abgeordneter Frechen (SPD)**.